

als „Einüber“ in der Gesellschaft übernehmen könnten. Durch den gelebten Glauben, und da der Glaube an uns selbst auch den anderen akzeptieren lasse, könnten Christen hier „Menschen des Anfangs“ werden. Vor allem aber sei es Aufgabe der Christen, in den eigenen Gemeinschaften Frieden zu entwickeln, indem sie die Einübung in den langwierigen Prozeß des gemeinsamen Umgangs in Liebe und Verantwortung praktizieren. Auf dem Weg über den eigenen Lebenskreis und über die Gesellschaft sollte es möglich werden, die Versöhnung als Kategorie politischen Handelns denkbar zu machen.

Nach Baudissin, auf dessen Ausführungen in Madrid auch bei der Diskussion über die Aufgaben der Kirchen und der Christen angesichts der Friedensbedrohung und des Wettrüstens zurückgegriffen wurde, bringen die Kirchen entscheidende Voraussetzungen mit, um auf breiter Ebene Vorurteile, Ideologien, Ängste abzubauen zu können und auf dem Weg über die Information der Bürger Entspannungs- und Kooperationsbereitschaft zu entwickeln:

- „sie verfügen über ein weites Netz interner, nationaler wie internationaler Verbindungen, um sich selbst zu informieren und sich ein einigermaßen zutreffendes Bild zu verschaffen;
- sie haben einen breiten Kreis von offiziellen wie inoffiziellen Kontakten, um das Gehörte zu überprüfen und begründete Schlußfolgerungen an die Entscheidungsträger bzw. die Öffentlichkeit heranzutragen;

- sie sind in den meisten Fällen nur bedingt Partei im verengenden Sinne und daher auch glaubwürdiger als manche andere Autoritäten, insbesondere wenn sie der Versuchung widerstehen, allzu detaillierte Expertisen zu verfassen;
- sie können gerade in Krisen bei Versagen der diplomatischen Kanäle einen Minimaldialog in Gang halten und ihre guten Dienste für inoffiziellen Kontakt anbieten;
- die Kirchen können von ihrem Menschenbilde her besser als andere Organisationen Klischees erschüttern, Feindbilder in Frage stellen und auf die Wirklichkeitsferne ideologischer Konzepte hinweisen bzw. an die Erfordernisse konkreter Situationen erinnern“ (Wolf Graf von Baudissin, a. a. O., S. 12).

Eine „Strategie“ der Abrüstung kann sich also nicht auf Kriterien der Wirksamkeit oder des Erfolges allein beschränken. Sie muß einen ethischen, kulturellen und geistigen Beweggrund haben. Diesen Beweggrund zur Wirkung zu bringen ist gerade auch Aufgabe der Kirchen. Damit ist freilich nicht das Grunddilemma des Atomzeitalters aufgelöst, daß den Menschen zwar jene Art von Intelligenz auszeichnet, die ihn befähigt, hervorragenden Gebrauch von der modernen Technik zu machen, daß er jedoch große Schwierigkeiten hat, zugleich jene sozialen und politischen Institutionen zu schaffen, die er braucht, um die Technik zu beherrschen und vor allem sie zu nur friedlichen Zwecken einzusetzen. *Cordelia Rambacher*

Länderbericht

Ein neues Frankreich im Entstehen

Jahrzehnte des Wandels zeigen Wirkung

Das Urteil über Völker und Staaten stützt sich häufig auf die Erfahrungen und Beobachtungen der Vergangenheit, weil es sich hierbei, wie man glaubt, um solide Erkenntnisse handelt, während die Analyse der Gegenwart zwangsläufig als weit subjektiver erscheint. Nur verbinden sich mit der Vergangenheit nicht selten Vor- oder Fehlurteile, die ebenfalls einen ausgesprochen subjektiven Hintergrund haben und lediglich durch den zeitlichen Abstand scheinbar objektiviert werden. Alle geben zwar ohne weiteres zu, daß die Welt in ihren sämtlichen Bereichen einem ständigen Wandel unterliegt, aber die meisten wollen sich mit diesem Wandel erst befassen, wenn er vollendet ist und sich hiermit in die Vergangenheit einreihet. Eine gewisse Rechtfertigung findet diese Gewohnheit darin, daß die Entwicklungstendenzen in einer Spirale verlaufen und insbesondere im Leben der Völker, selbst nach vorübergehenden revolutionären Explosionen – von wenigen Ausnahmen abgesehen –, die Veränderungen nie radi-

kal einen völlig neuen Zustand schaffen. Das Alte, im allgemeinen in starken Traditionen verwurzelt, bleibt fortbestehen und wird nur vom Neuen überlagert. Um einen banalen Vergleich zu wählen: Das Flugzeug hat das Fahrrad nicht verdrängt, noch das Neonlicht die Kerze. Frankreich hat unverändert den Ruf, sogar noch im Lager der politischen Linken weitgehend konservativ zu sein, schon weil es nicht auf seine Traditionen verzichten will und der überwiegende Teil seiner Einwohner den unmittelbaren Kontakt zum Land, zum Boden aufrechterhält. Es ist nicht belanglos, wenn bis zum heutigen Tage im französischen Geschichtsbild jeder Bruch vermieden wurde und weder die große französische Revolution von 1789 noch General de Gaulle und seine Widerstandsbewegung 1945 die Gesetze des Königreichs und des Vichy-Regimes für hinfällig erklärten. In nicht allzu ferner Zukunft dürfte die überwiegende Mehrheit der Franzosen den am Ende des Zweiten Weltkrieges zum Tode verurteilten

Marschall Pétain ebenso in ihr national-historisches Erbe aufnehmen wie die schlimmsten Könige und die Revolutionäre Robespierre und Saint-Just, die erbarmungslos mit der Guillotine wüteten.

Neben dieser *traditionsbedingten konservativen Haltung* gibt es aber auch kräftige Elemente des Wandels, die die Behauptung rechtfertigen, daß ein neues Frankreich entsteht, dies auf zahlreichen, verschiedenartigen Bahnen, die mitunter auf dem Charakterbild erst leicht skizziert und noch nicht tief eingepägt sind, so daß das Ganze einer unvollendeten Symphonie gleicht. Es ist auch nicht erstaunlich, daß in einigen Fällen der Schatten der Vergangenheit stärker ist als das Licht der Zukunft, zumal sich Rückschläge nicht vermeiden lassen und man für die Umgestaltung der Mentalitäten die Regeln der Echternacher Springprozession hinnehmen muß. Es mag daher angebracht sein, die Scheinwerfer auf einige wesentlich und langfristig wirkungsvolle Veränderungen und Entwicklungstendenzen im heutigen Frankreich zu lenken, gewiß nicht in der Absicht, zu werten oder gar zu loben, wohl aber in der Hoffnung, Vorurteile und Fehlmeinungen, die von der Realität überholt wurden, wenn möglich aus der Welt zu schaffen. Dies soll keineswegs besagen, daß alles rosig ist und es keine bedenklichen Schwächen mehr gibt.

Die Entwicklung zum Industriestaat ist abgeschlossen

In den letzten dreißig Jahren ist Frankreich der *Übergang vom Agrar- zum Industriestaat* gelungen. Um die Jahrhundertwende vermochte es zwar bereits einige technisch sehr fortgeschrittene Industriezweige aufzuweisen. Es besaß damals einige der leistungsfähigsten Stahlwerke und durfte sich auch im Textilsektor als führend betrachten. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik blieb jedoch das Produkt landwirtschaftlich bedingter Vorstellungen. Bezeichnend hierfür war das Autarkie-Denken. Zwischen den Weltkriegen hielt sich Frankreich für krisenfest und widerstandsfähig, weil es für seine Lebensmittelversorgung einfuhrunabhängig war und nur einer bescheidenen Ausfuhr bedurfte, um den als zweitrangig betrachteten Restbedarf zu decken. 1954 lebten noch 41% der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, 1975 waren es lediglich 27%. Es ist leicht verständlich, daß eine derartige Verlagerung unmittelbare Auswirkungen auf die politische und wirtschaftliche Aktion hat. Zwischen 1955 und 1979 verringerte sich die Zahl der Bauernbetriebe von 2,3 auf 1,3 Millionen. Vielleicht noch stärker ins Gewicht fällt, daß 1979 hiervon nur 774 000 Eigentümer oder Pächter Vollzeit-Bauern waren, während fast 500 000 Bauernbetriebe Rentnern oder anderweitig Berufstätigen als Nebenerwerb dienten. Deshalb verfügten auch 1977 fast 61% der Bauernbetriebe über weniger als 20 ha Land, was bedeutet, daß für Produktion und Leistungskraft der französischen Landwirtschaft nur die restlichen 39% Berücksichtigung verdienen. Leider warfen die Statistiken alle diese landwirtschaftlichen Betriebe in einen

einigen Topf und errechnen Durchschnittswerte, die wirtschaftlich keinen Sinn haben und außerdem den Eindruck vermitteln, daß es um Frankreichs Bauern nicht allzu gut bestellt ist. Aber selbst dann hat sich die durchschnittliche Produktivität seit 1955 mehr als verdreifacht, denn einschließlich der Familienmitglieder und der Landarbeiter ist bei wesentlich gesteigener Produktion die Zahl der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen von 6,14 auf 2,74 Millionen zurückgegangen.

Die relative Zurückdrängung der Landwirtschaft – die übrigens noch ein gutes Stück Weges zurückzulegen hat, um unter Ausnützung ihres natürlichen Potentials zur leistungsfähigsten Europas zu werden – erfolgte nicht zufällig, sondern wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Regierung durch zahlreiche Maßnahmen gefördert. Sie war schon das Ziel des vom Vater der Europapolitik, *Jean Monnet*, ausgearbeiteten ersten französischen Modernisierungsplans. Dem zu keinem Augenblick obligatorischen Planungssystem ist auch die *Modernisierung und der Ausbau der gesamten Infrastruktur* zu verdanken. Das Land mußte einen erheblichen Rückstand aufholen. Verschiedene Lücken, z. B. in der Binnenschifffahrt und im Straßennetz, werden erst jetzt beseitigt. Ohne die systematische Konzentration der mobilisierbaren, staatlichen Investitionskredite auf die Infrastruktur während einer längeren Periode wäre die Umwandlung des Agrarstaates in einen international leistungsfähigen Industriestaat kaum denkbar gewesen. Selbst zahlreiche Franzosen sind sich noch nicht genügend dieser grundlegenden Veränderung bewußt geworden und nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, daß Frankreich ungefähr auf gleicher Ebene mit Japan zum drittgrößten Exportland in der Welt geworden ist und es in der Gruppe der großen Industriestaaten mit seinem Exportwert pro Einwohner an zweiter Stelle steht, zwar mit nicht geringem Abstand gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, aber weit vor USA und Japan.

Beispiele internationaler Spitzenleistungen mehren sich

Die *Ausweitung und Konsolidierung des Dienstleistungssektors* sind eine weitere Folge der hier aufgezeichneten Entwicklung. Es besteht eine unmittelbare Beziehung zwischen der Konkurrenzfähigkeit von Landwirtschaft und Industrie und dem Gewicht des Dienstleistungssektors, der zur Steigerung der globalen Produktivität beiträgt und die infolge des Produktivitätsfortschritts freigesetzten Arbeitskräfte der beiden Produktionsbereiche aufzunehmen vermag. Obwohl der Dienstleistungssektor im Vergleich zu den anderen großen Industriestaaten noch einen nicht unerheblichen Nachholbedarf hat, dürfte er doch 1980 im Auslandsgeschäft, einschließlich des Fremdenverkehrs, einen Aktivsaldo von rund 30 Mrd. Frs. herauswirtschaften, um so nicht ganz 60% des Fehlbetrags der Handelsbilanz zu decken. Parallel hierzu erfolgte die strukturelle Gesundung der französischen Industrie, die in dieser Beziehung zwar im-

mer noch unter verschiedenen Schwächen leidet, vor allem unter einer teilweise ungenügenden Konzentration der Produktionsstätten, der aber doch der Anschluß an die moderne Technik gelungen ist, so daß sie jetzt in einigen Gebieten unumstrittene Spitzenleistungen anzubieten hat und andererseits mehrere multinationale Konzerne aufweist. Es ist wenig bekannt, aber bezeichnend, daß sich nach einer amerikanischen Statistik unter den zehn größten Banken der Welt vier französische befinden, die übrigens im Begriff stehen, ein weltweites Netz aufzubauen, nicht nur für die Finanzen, sondern auch als Tragfläche des französischen Exports.

Einige *Beispiele* mögen erkennen lassen, wie weit das heutige Frankreich von der in vielen Vorstellungen noch fortlebenden Hochburg des Parfüms, der Haute Couture und anderer Luxuswaren entfernt ist. Für die zivile Auswertung der Kernenergie überflügelte es teilweise die Vereinigten Staaten. Mehrere amerikanische Gruppen sind bereit, die französische Lizenz für den Schnellen Brüter zu kaufen. Die amerikanische Westinghouse betrachtet ferner die französische Kernindustrie für die Weiterentwicklung ihres eigenen Leichtwasserreaktors als gleichberechtigten Partner und wird ab 1982 auf die bisher bezahlten Lizenzgebühren verzichten und vielleicht schon vorher auf ihre heute noch notwendige Billigung der Ausfuhren nach Drittstaaten. Die französische Flugzeugindustrie steht in der westlichen Welt an zweiter Stelle. Ohne die von ihr vorbereiteten Gemeinschaftsprojekte wären alle anderen europäischen Flugzeugfabriken zum Niedergang verurteilt. Für Hubschrauber ist es der staatlichen französischen Firma Snias sogar gelungen, auf dem amerikanischen Markt gegen die Konkurrenz der Firma Bell, die fast ein weltweites Monopol besaß, Fuß zu fassen. Ebenso wie in den USA schuf der militärische Raketenbau die Grundlage für eine Weltraumindustrie, der zu einem guten Teil die europäische Rakete Ariane zu verdanken ist und die es europäischen Konsortien ermöglicht, erfolgreich gegen die amerikanische Konkurrenz Satelliten aller Art anzubieten. In die gleiche Richtung laufen die Bestrebungen im Bereich der Elektronik, von Radars bis zu größeren Computern. Der multinationale französische Konzern Saint-Gobain-Pont-à-Mousson ist seit kurzem sowohl mit der amerikanischen Honeywell-Bull wie mit der italienischen Olivetti verbunden, während Thomson bereits zwei deutsche Produzenten von Fernsehempfängern übernahm und ernstlich erwägt, auch Telefonen in seinen Wirkungsbereich einzubeziehen.

In Wirtschaft und Kultur setzen sich neue Haltungen durch

Ein Industriestaat ist nur weltoffen lebensfähig. Wenn man bedenkt, daß 1954 die Europa-Armee im französischen Parlament nicht nur an der nationalen Souveränität scheiterte, sondern auch an einer eifrigen Industrielobby, die um ihren Markt für Uniformstoffe bangte, heute aber der französische Unternehmerverband trotz der interna-

tionalen Krisensituation *protektionistische Maßnahmen* nur vorübergehend und für wenige Branchen erwägt, erkennt man, welch weiten Weg Frankreich in rund zwei Jahrzehnten zurückgelegt hat. Der mit hohen Schutzmauern umgebene, ehemalige Agrarstaat hat sich an die unumgängliche freie, internationale Konkurrenz gewöhnt und insbesondere begriffen, daß mittelfristig die Unternehmen nur dann lebensfähig sein werden, wenn sie fähig sind, sich auf einem freien Weltmarkt durchzusetzen. In die gleiche Richtung läuft die Vermehrung der industriellen Auslandsinvestitionen. Wer hätte noch vor fünf oder zehn Jahren erwartet, daß Frankreich z. B. im amerikanischen Bundesstaat Texas der größte ausländische Investor sein wird? Allerdings wäre es ein Irrtum anzunehmen, daß schon alle Folgen einer jahrhundertelangen protektionistisch-malthusianistischen Tradition überwunden sind. Die Volksmentalität ist immer schwerfällig. Der weitverbreitete Wunsch nach absoluter Sicherheit bremst die Dynamik, Verantwortung und Risikobereitschaft zugewandte Regierungspolitik. Daher stoßen alle Reformen, so notwendig sie auch sein mögen, zunächst auf Widerstand, weil jeder Schutz verlangt für seine billig oder unbillig erworbenen Rechte. Aus diesem Grunde können im französischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgebäude verschiedene Fenster nur vorsichtig geöffnet werden.

Eine neue Haltung ist auch *in der kulturellen Zone* zu beobachten. Lange begnügte man sich mit der stolzen Gewißheit, daß Paris der kulturelle Mittelpunkt der Welt ist. Alle sollten und mußten herbeiströmen, um sich befruchten zu lassen. Man stützte sich mehr auf die Anziehungskraft der nationalen Kultur als auf ihr Ausstrahlungsvermögen. Vor allem hielt man es nicht für erforderlich, sich durch Kontakte jenseits der Grenzen zu befruchten. Inzwischen wurde man sich in weiten Kreisen bewußt, daß sich Frankreich für Kultur und Sprache in der Defensive befindet und daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem Erfolg auf den Weltmärkten und einer nicht nur zur Assimilation, sondern auch zum Dialog bereiten, kulturellen Aktion. Die lange bevorzugten schönen Künste und Geisteswissenschaften wurden so durch die Technik ergänzt; an die Stelle des von vielen als selbstverständlich betrachteten Monopols trat der Austausch, der Wunsch, sich mit den Früchten fremder Kulturen, vor allem der Nachbarvölker, vertraut zu machen. Auf eine eher kommerziell bedingt gewesene Welle von Übersetzungen aus dem Amerikanischen in der ersten Nachkriegszeit folgte ein starkes Interesse für den deutschen Partner. Laufend werden bisher völlig unbekannt gewesene deutsche Autoren ins Französische übersetzt. Die jüngste große Entdeckung ist E. T. A. Hoffmann. Eine umfassende Übersetzung der Werke Fontanes befindet sich in Vorbereitung. Mit Nietzsche befaßt man sich weit intensiver als in der Bundesrepublik. Schopenhauer dürfte wohl in Kürze mit ähnlichem Erfolg als Neuheit seinen Einzug halten.

Die *Intellektuellen*, die sich trotz ihres Individualismus und ihrer Meinungsverschiedenheiten als besondere Gruppe – um nicht zu sagen, als erhabene Kaste – be-

trachten, haben sich dieser Entwicklung angepaßt. Jean-Paul Sartre war schließlich ein Schüler Heideggers. Ihre starke marxistische Orientierung der ersten Nachkriegszeit ist unter anderem dem Eindringen des Gedankenguts Hegels zu verdanken gewesen und auch der erstaunlich späten Entdeckung der marxistischen Literatur des Nachbarlandes um die Jahrhundertwende. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden übrigens erst jetzt für die geistigen Kräfte der französischen Linken zu einem Begriff. Dies wirft ein erstaunliches Licht auf die nationale Begrenzung des französischen Sozialismus ebenso wie die Tatsache, daß man auf die Veröffentlichung von Büchern über die grundlegende Auseinandersetzung zwischen den deutschen Revisionisten und Marxisten sowie über die Entwicklungsphasen der deutschen Sozialdemokratie bis in die jüngste Vergangenheit warten mußte.

Die zunächst überwiegend marxistisch orientiert gewesenen französischen Intellektuellen wurden politisch heimatlos, als sie trotz eines mitunter langen Widerstrebens das wahre Gesicht des Kommunismus erkennen mußten, die einen schon am Ende der stalinistischen Ära, andere im Augenblick der sowjetischen Invasion Ungarns und die letzten nach der brutalen Beendigung des Prager Frühlings. Die Mai-Explosion 1968 brachte neue Hoffnungen, aber sehr schnell auch eine starke Ernüchterung. Der damaligen Jugend vermochte ein Sartre nichts mehr zu sagen. Dann kamen die neuen Philosophen, um nach neuen Werten Ausschau zu halten, weil sie der historische Materialismus und das durch die Wirklichkeit verunstaltete kommunistische Ideal nicht mehr zu befriedigen vermochten. Schließlich meldeten sich zum ersten Mal seit langen Jahrzehnten wieder Rechtsintellektuelle zu Wort, so daß das in der Nachkriegszeit als selbstverständlich betrachtete intellektuelle Monopol der Linken zu Ende ging und heute die geistigen Kräfte des Landes stark gespalten sind. Dies läßt ihren tatsächlichen Einfluß auf das politische Geschehen noch fragwürdiger erscheinen. Es ist auch keineswegs gewiß, daß ihre Sprache der breiten Masse noch verständlich ist.

Dennoch bleibt gesellschaftlich vieles blockiert

Genügt jedoch diese Anpassung an die moderne Zeit, um die häufig als blockiert bezeichnete französische Gesellschaft sozial und menschlich aufzulockern? Seit Jahrhunderten wird der Dialog gepredigt, aber kaum praktiziert. Es ist kein Zufall, daß sich in den französischen Dörfern die Häuser nur auf den Hof, aber nicht auf die Straße öffnen, daß nicht nur die Schlösser, sondern auch viele Landsitze mit hohen Mauern umgeben sind und selbst heute noch nicht selten der kleine Mann, der teilweise mit eigenen Händen sein Einfamilienhaus errichtet, vor der Grundsteinlegung den Zaun aufstellt. Der Individualismus, verbunden mit dem Hang zur Gleichgültigkeit gegenüber den Mitmenschen, *blockiert* die französische Gesellschaft stärker als die sozialen Schranken. Es würde

in diesem Rahmen zu weit führen darzulegen, daß und weshalb die französische Gesellschaft eher in Kasten als in Klassen aufgegliedert ist. Es möge genügen, den linksorientierten und neuerdings betont antikommunistischen französischen Gewerkschaftsführer *Edmond Maire* zu zitieren. Er spricht vom Fehlschlag der im Namen der Arbeiterklasse durchgeführten Revolution und sogar von einem Auseinanderplatzen der Arbeiterklasse als Folge der technischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Umstrukturierung und des Verhaltens der Arbeitgeber. Eine Gruppe unabhängiger französischer Soziologen gelangte andererseits in einem Kollektivwerk zu dem Schluß, daß sich die sozialen Unterschiede mehr und mehr verwischen, weil die Bauern genau so leben wie die anderen Bevölkerungsgruppen und weil es keine Trennungslinie mehr zwischen den Zivilisationen der Bourgeoisie und der Arbeiter gibt.

Entgegen einer weitverbreiteten Meinung haben die Kasten, die mehr oder weniger verschlossenen Berufsgruppen, ehemalige Studenten der Eliteschulen, lokale Notabeln, kleinere, aber wirkungsvolle Interessengruppen usw. den sozialen Aufstieg nie verhindert. Wem es gelang, die Hürden des Bildungssystems oder auch der Wirtschaft zu nehmen, wurde in die Kaste aufgenommen, unabhängig von seinem sozialen Ursprung. Zahlreiche führende Politiker der III. Republik kamen aus einem sehr einfachen Milieu und fanden über Universität oder Eliteschulen den Weg zur Politik, z. B. *Aristide Briand*, *Pierre Laval* und *Edouard Herriot*, Söhne einer Wäscherin, eines Dorfschmiedes und eines zum Offizier aufgerückten einfachen Berufssoldaten. Sowohl in der *Ecole Normale Supérieure* wie in der *Ecole Polytechnique* waren die Kinder von Grundschullehrern und auch von Bauern stets recht gut vertreten. Man darf in diesem Zusammenhang den verstorbenen Präsidenten *Georges Pompidou* nennen, den jetzigen Justizminister *Alain Peyrefitte* und den ehemaligen Außenminister *Jean Sauvagnargues*.

Dessen ungeachtet sind die Kasten ein Hindernis für die notwendige Beweglichkeit und die Permeabilität einer Gesellschaft, schon weil sie sich entweder der *Verteidigung von Privilegien* widmen oder politisch störende Machtpositionen aufbauen. Viele lassen sich ferner nur schwer mit der heutigen Massendemokratie vereinbaren, wobei es zunächst belanglos ist, ob jene den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen unserer Zeit überhaupt gerecht wird.

Die politisch-sozialen Gegensätze beginnen sich auszugleichen

Ein weit größeres Spannungsfeld entsteht durch die *Überspitzung des Gleichheitsideals*, das die Revolution von 1789 in die französische Politik hineintrug, ohne es mit der Verpflichtung zur Mitverantwortung zu verbinden. Da keine Sozialpolitik, auch nicht die revolutionäre, die Gleichheit zu bringen vermag, läuft jede Regierung Gefahr zu enttäuschen. Ohne Zweifel konnten jedoch zugunsten

einer größeren sozialen Gerechtigkeit bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden, seitdem 1969 Premierminister *Chaban-Delmas* ein erstes Aktionsprogramm gegen die von ihm charakterisierte blockierte Gesellschaft entwarf. Die materielle Lage der wirtschaftlich am wenigsten begünstigten Gruppen; mittellose Rentner, psychisch oder geistig Behinderte und ungeschulte Arbeitskräfte, hat sich fühlbar, wenn auch noch nicht ausreichend verbessert. Die *Familienpolitik* ist großzügiger geworden. Die wichtigsten Anstrengungen betreffen das Betriebsklima, im weitesten Sinn verstanden, vom Lohn bis zu den Arbeitsbedingungen über den zwar mühselig, aber doch schrittweise anlaufenden Dialog zwischen den Sozialpartnern. Das beste Barometer hierfür ist die Streikstatistik, die sich in den letzten Jahren in bescheidenen Grenzen hält. Die Unternehmer stehen im Begriff, sozial umzulernen und im Betriebsklima ein Element der Produktivität zu sehen. Die Arbeiter wollen zwar weiterhin die Verantwortung für die Geschäftsführung dem Unternehmer überlassen, beginnen jedoch zu erkennen, daß, ob sie es wünschen oder nicht, ihr Schicksal mit demjenigen des Betriebes verbunden ist. Das Gelände ist so einigermaßen geebnet für den noch ausstehenden sozialen Brückenschlag.

Schon deswegen ist der *nationale Konsens* größer, als es die in gewissem Maße von der Konfrontation lebende politische Welt Frankreichs wahrhaben will. Gewiß, die Gewerkschaften kleben noch an ihrer anarchistisch-revolutionären Tradition und halten offiziell die *Mitbestimmung* für einen Widersinn. Sie wollen für die Interessen der Arbeiter kämpfen und den Unternehmern nicht einen Teil ihrer Verantwortung abnehmen. Aber die Wirklichkeit ist weit nuancierter als die Theorie. Konkret besteht häufig zwischen dem Dialog und der Sozialpartnerschaft nur noch ein geringer Unterschied, während es lediglich eines kleinen Schrittes bedarf, um von der Sozialpartnerschaft aus die erste Stufe der Mitverantwortung zu erreichen. Nicht zufällig hält der in dieser Beziehung sehr vorsichtige Premierminister *Barre* den Augenblick für gekommen, um sich für eine *Gesellschaft der Mitverantwortung* einzusetzen. Wäre nicht im französischen Volk ein breites Verständnis für die Interessen der Gemeinschaft vorhanden, hätte sich *Barre* nicht mit seiner zwangsläufig unpopulären Stabilisierungspolitik behaupten können.

Ein weiterer Beweis ist der geringe Widerstand gegen ein immer mit echten Risiken verbundenes, ehrgeiziges *Atomenergieprogramm*. Nicht zu unterschätzen ist schließlich in diesem Sinne das über die Parteischranken hinweggehende Einverständnis mit der regelmäßigen Aufstockung des Verteidigungshaushalts, selbst in einer Periode der Krise und der Austerität. Die vorwiegend politisch-taktische Behauptung der Aufspaltung des Landes in zwei sich mehr oder weniger feindlich gegenüberstehende politische Lager ungefähr gleicher Stärke läßt sich demnach nicht aufrechterhalten. Die Wähler der Opposition sind nicht automatisch Staatsfeinde, weil sie einen Regierungswechsel wünschen. Es genügt der Besuch einer mittleren Provinzstadt, um sich davon zu überzeugen, daß im Alltag die politischen Meinungsverschiedenheiten kein Spal-

tungsfaktor sind, da sie die Menschen nicht unmittelbar berühren. Selbst in der im Grunde kleinen politischen Welt in Paris überkreuzen sich dauernd die Fäden der Freundschaft und der Parteizugehörigkeit.

Mit dem Staat identifiziert man sich nicht

Damit die mehr oder weniger blockierte Gesellschaft zu einer Gesellschaft der Mitverantwortung werden kann, bedarf es einer Umgestaltung des Verhältnisses des Bürgers zum Staat. Zwei Maßnahmen zwingen sich hierfür auf: Abbau der *Bürokratie* und *Dezentralisierung*. Aus verschiedenartigen Gründen erschien es während mehrerer Jahrhunderte der überwiegenden Mehrheit der Franzosen unvorstellbar, sich mit dem *Staat* zu identifizieren. Man sah und sieht in ihm den Dritten im Bunde, den Außenseiter und die Gegenkraft von Individuum und Volk. Es besteht so eine gewisse Berechtigung zu behaupten, daß der den Franzosen eigene Begriff der Nation erfunden wurde, um ein höheres Bindeglied zu schaffen, das in anderen Ländern im Staat verkörpert ist. Diese selbstverständliche Frontstellung gegenüber dem Staat, der als Ordnungsfaktor anerkannt werden muß, hinderte allerdings die Franzosen nicht daran, an diesen Dritten, diesen übergeordneten Außenseiter, ständig Forderungen zu stellen. Da er sich das Recht anmaßt, dem Bürger immer wieder seinen Willen aufzuzwingen, ist er auch verpflichtet, seine Wünsche so weitgehend wie nur möglich zu erfüllen. Aufgabe des demokratischen Systems war es stets, den Bürger im Rahmen des Möglichen gegen den Staat zu schützen. Staat und Demokratie sind in der Vorstellungswelt des Durchschnittsfranzosen einander wesensfremd. Neuerdings wird unter dem Einfluß einer zweifelhaften Soziologie neben den Staat auf gleicher Ebene die Gesellschaft gesetzt, mit dem nur als absurd zu bezeichnenden Ergebnis, daß sich der Bürger nicht als Glied der Gesellschaft betrachtet, sondern in erster Linie glaubt, gegenüber der Gesellschaft Ansprüche geltend machen zu dürfen, wobei er wohl instinktiv Staat und Gesellschaft als gleichartige Einrichtung betrachtet. Für ihn lastet auf der Gesellschaft ein schweres Schuldkonto, das sie irgendwie abbauen muß, indem sie das Individuum möglichst von allen Plagen des Daseins erlöst.

Den Ausweg aus dieser Sackgasse suchten die französischen Regierungen seit über zwei Jahrzehnten nicht ohne Erfolg über die von de Gaulle erdachte und nie genau definierte *Partizipation* und über einen zeitgerechten Liberalismus, der sozialen Fortschritt, Bewegungsfreiheit des Individuums und Verantwortungssinn vereinen soll. Der schon aus psychologischen Gründen für die Minderung der Allmacht des Staates unumgängliche Abbau der Bürokratie befindet sich noch im Anfangsstadium. Die Ansätze sind hoffnungsvoll, aber alte Gewohnheiten mit einer tief verankerten staatlichen Arroganz lassen sich nicht über Nacht wegfegen. Langsam gewöhnen sich die Verwaltungen daran, den Bürger nicht mehr als Untertan, sondern

eher als Kunden zu behandeln. Die Regierung bemüht sich auch, den Urwald der Formalitäten zu lichten und dem Bürger im alltäglichen Papierkrieg mit dem Staat eine Waffenruhe zu sichern. Eine grundlegende Verbesserung des Klimas ist jedoch kaum zu erwarten, wenn es nicht gelingt, durch den Übergang zur Direktdemokratie dem Bürger das Gefühl zu geben, mit der Bürokratie und infolgedessen auch mit dem Staat gleichberechtigt zu sein.

Erste Ansätze einer Dezentralisierung beginnen zu wirken

General de Gaulle schwebte eine großzügige *Regionalisierung* vor. Als er damit mehr aus politischen als aus sachlichen Gründen scheiterte, zeigten sich seine Nachfolger weit bescheidener. Paris verwechselt noch allzu leicht die Dezentralisierung, die Entscheidungsbefugnisse in die Provinz verlagert, mit der Dekonzentrierung, die lediglich den Vertretern der Zentralgewalt in der Provinz größere Bewegungsfreiheit gibt, hiermit aber auch einen stärkeren, nicht immer glücklichen, persönlichen Einfluß. Die juristischen Formeln sind jedoch nicht unbedingt ausschlaggebend. In einem straff zentralisierten System ist jede Regionalisierung ein Spiel mit dem Feuer. Sobald man den lokalen Kräften Werkzeuge in die Hand gibt, vermag man sie nur schwer daran zu hindern, sich ihrer über das vorgesehene Maß hinaus zu bedienen. Auf jeden Fall bedarf es eines langen Entwicklungsprozesses, um zu einem befriedigenden Gleichgewicht zwischen der Provinz und der Zentralregierung in Paris zu gelangen. Die bisherigen Ergebnisse sind ermutigend, nicht zuletzt weil die an sich bescheidenen, institutionellen Reformen das Selbstbewußtsein der Provinzen geweckt haben und die Verantwortlichen außerdem veranlaßten, bis zur Grenze ihrer juristisch oder pragmatisch gegebenen Möglichkeiten zu gehen, während sie in der Vergangenheit zu schüchtern oder zu passiv gewesen waren, um realistisch durchaus denkbare Initiativen zu ergreifen.

Die *regionalen Parlamente* besitzen zwar keinerlei politische Funktionen und nur eine beschränkte Steuerhoheit, verfügen aber doch bereits über recht erhebliche eigene Mittel, zumal sie sich auch an den Kapitalmarkt wenden können und in verschiedenster Form halböffentliche Gesellschaften in Zusammenarbeit mit den Handelskammern, der privaten Wirtschaft oder den Banken bilden dürfen. In den Bereich der Wirtschaft fällt auch die Berufsausbildung, und sie dient als Brücke zum Erziehungswesen. Die Grenze zwischen Politik und Wirtschaft ist schwer zu ziehen. Die Zustimmung zum Bau eines Atomkraftwerks ist zweifellos nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein hochpolitischer Akt. Gleichzeitig sind sowohl die Lokalparlamente der Départements wie die Bürgermeister initiativfreudiger geworden. Die Position der dynamischen lokalen Instanzen ist in wenigen Jahren stark genug geworden, damit sich Paris ihren Absichten nicht mehr ohne weiteres widersetzen kann. Das früher so störend gewesene Veto des Präfekten, des lokalen Vertreters

der Regierung, reicht häufig nicht mehr aus, sondern es bedarf der Intervention der höchsten Instanzen.

Nicht ohne Bedeutung ist der *kulturelle Aufwind in der französischen Provinz*. Selbst Kleinstädte und Dörfer sind eifrig bemüht, ihren Einwohnern kulturell etwas zu bieten und so den Alltag lebendiger zu gestalten. Amateurfestspiele gehören vor allem in Landzonen nicht mehr zu den Seltenheiten. Zahlreiche Museen wurden kräftig entstaubt, Theater neu eröffnet, die Musik gefördert. In mittleren Städten sind in den letzten Jahren Musik- und Tanzschulen für Jugendliche fast wie Pilze aus dem Boden gewachsen. Besonders gepflegt wird natürlich die echte oder vermutete kulturelle Eigenständigkeit, die leicht zur Quelle eines nicht unbedenklichen Mikronationalismus wird.

Die Jugend bleibt eher konservativ

Dieser Blick auf das Frankreich von heute darf Jugend und Familie nicht übersehen. Die vorwiegend von Studenten getragene Mai-Explosion 1968 vermittelte ein falsches Bild, denn die meisten Beobachter vernachlässigten die Arbeiter- und Landjugend, die sich an diesem Spiel mit der Revolution überhaupt nicht beteiligte. Deswegen ist es auch sehr schwer, die Auswirkungen der Ereignisse jener Tage zuverlässig zu ermitteln. Die damals durchgesetzte *Universitätsreform* ist jedenfalls inzwischen fast vollständig wieder rückgängig gemacht worden, hauptsächlich weil sie allzusehr zu Lasten der Qualität ging. Wahrscheinlich besteht auch kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Mai-Explosion und den allgemein beobachteten Veränderungen in den Verhaltensweisen und in den Vorstellungen eines Teils der Jugend. Der Mai 1968 war daher wahrscheinlich eher eine Episode als ein Einschnitt oder gar der Ausgangspunkt einer neuen Epoche.

Vom klassischen Generationenkonflikt abgesehen, ebenso wie von den hinreichend bekannten Modeerscheinungen, darf man die Einstellung der heutigen französischen *Jugend* als überwiegend konservativ bezeichnen, sofern man unkonventionell nicht mit fortschrittlich oder reaktionär verwechselt. Die Angst vor der Zukunft ist stärker als der Wunsch nach grundlegenden Veränderungen. Die jungen Arbeiter und Bauern und auch nicht wenige Studenten wollen möglichst schnell Geld verdienen, um unabhängig das Leben zu genießen. Das politische Interesse ist beschränkt. Die Eliteschulen haben größeren Zustrom denn je, die unruhigen Universitäten werden möglichst gemieden, weil man ein angesehenes Diplom benötigt, um einen guten Posten zu erhalten. Positiv, aber auch konservativ ist der Hang zur Ökologie, zur Natur. Daneben findet der Sport ein zunehmendes Echo. Natürlich gibt es auch unerfreuliche Erscheinungen, marginale Existenzen und die Flucht in die Droge und – meistens erst später – in den Alkohol.

Die *Familie* bleibt ein starker Rückhalt der Jugend, trotz aller internen Oppositionen und zentrifugaler Kräfte. Fa-

milienfeste und -treffen sind zahlreich geblieben. Mit Erstaunen ist immer wieder zu beobachten, wie häufig selbst die größeren Kinder ihre Eltern ans Meer oder ins Landhaus begleiten.

Seine Bestätigung findet dieser Familiensinn in der Einstellung zum Kind. Auch Frankreich leidet unter Geburtenchwund, aber im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland ist im überwiegenden Teil der Bevölkerung das Bewußtsein vorhanden, daß der jetzige Zustand nicht andauern darf. Nach verschiedenen Meinungsbefragungen halten die meisten Franzosen, auch die jungen Jahrgänge, zwei Kinder pro Familie für ein Minimum und drei Kinder für wünschenswert. Man gelangt so zu einem wünschenswerten Durchschnitt von 2,5 Kinder pro Familie. Die Wirklichkeit bleibt zwar noch hinter dem Wunsch zurück, aber jüngste Tendenzen rechtfertigen die Hoffnung, daß sich doch langsam die Wirklichkeit der als notwendig erkannten Kinderzahl annähert.

Die Kirche ist zu einem integrierten Bestandteil der Gesellschaft geworden

Verändert hat sich schließlich der Platz der *Kirche* in der Gesellschaft und im Staat. Der Laizismus und die scharfe Trennung von Kirche und Staat hatten die III. Republik gekennzeichnet und wirkten in der IV. Republik noch

nach. Die Religion galt als Privatsache und die Kirche als ein Gegenspieler des Staates, der es für zweckmäßig hielt, jene möglichst nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die V. Republik brachte zunächst die Beendigung des Schulstreits, der bis in kleine Dörfer hinein tiefe Kluften entstehen ließ. Die privaten, vorwiegend kirchlichen Schulen sind nunmehr zumindest finanziell den öffentlichen weitgehend gleichgestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden ferner die Arbeiterpriester und verschiedene soziale Bemühungen, vor allem in den psychologisch etwas aus dem Gleichgewicht gebrachten Vororten der großen Städte, ein gewisses Echo in der Kirche traditionell fernstehenden Kreisen.

Die entscheidende Wende brachte das Zweite Vatikanum, das plötzlich, und für viele unerwartet, die innerkirchlichen Vorgänge in den Mittelpunkt der Aktualität rückte. Seitdem haben alle politischen Kräfte das Gefühl, daß sie das Geschehen in der Kirche direkt oder indirekt betrifft. Sie beanspruchen daher für sich das Recht, auch zu innerkirchlichen Fragen Stellung zu nehmen, selbst dann, wenn sie sich mit dieser Kirche in keiner Weise religiös oder institutionell verbunden fühlen. Sie wurde ganz einfach – an sich recht überraschend – zu einem integrierten Bestandteil der Gesellschaftspolitik. Wieweit sich hiermit ein inneres, vielleicht noch unbewußtes Anlehnungsbedürfnis in einer unübersehbar gewordenen und unbefriedigend rationalistischen Welt verbindet, vermag erst die Zukunft zu sagen.

Alfred Frisch

Kurzinformationen

Am 14. November, einen Tag vor Beginn des Besuches Johannes Pauls II. in der Bundesrepublik und erst wenige Wochen nach dem ZdK-Familienkongreß (vgl. ds. Heft, S. 597ff.), hielt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) seine Herbstvollversammlung ab. Im Mittelpunkt der nur eintägigen Tagung stand der „Bericht zur Lage“ des Präsidenten sowie die Wahl des Präsidiums und des geschäftsführenden Ausschusses. Hinzu kamen eine Nachbilanz zum 86. Deutschen Katholikentag in Berlin und ein Vorblick auf den nächsten Katholikentag 1982 in Düsseldorf. Der Bericht zur Lage des Präsidenten, der zugleich Rückblick auf die letzten vier Jahre war, hatte vor allem politische Schwerpunkte: die *Grundwertediskussion*, dazu wurde festgestellt, daß diese Diskussion wesentlich von der katholischen Kirche mitgeprägt worden sei. ZdK-Präsident *Hans Maier* ließ noch einmal die verschiedenen Gesetzeswerke zum § 218 und zum Ehe- und Familienrecht Revue passieren, wobei er vor allem auf die negativen Wirkungen des reformierten § 218 hinwies und zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts feststellte, bei diesem letzteren Gesetz seien zwar wesentliche Verbesserungen erreicht worden, jedoch habe das ZdK der Endfassung des Gesetzes wegen der Tendenz zur Relativierung von Ehe und Familie nicht zustimmen können. Ausführlich ging der Präsident auf die gegenwärtig sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belastungen mit

deren wahrscheinlichen Auswirkungen auf den sozialstaatlichen Bereich ein. Der Staat, so Maier, müsse jetzt zeigen, daß er auch bei veränderten Daten Chancengleichheit sichern, persönliche Freiheit erhalten und soziale Gerechtigkeit wahren könne. Maier sprach auch von der „zunehmenden Dynamik der Ausländerfrage“ (vgl. ds. Heft, S. 599) und stellte gemeinsame Initiativen zwischen ZdK und dem Evangelischen Kirchentag zu dieser Frage in Aussicht. Ein klärendes Wort gab es im Bericht zur Lage in Anwesenheit mehrerer polnischer Gäste, die sich des Papstbesuches wegen in der Bundesrepublik aufhielten, zum *Verhältnis Bundesrepublik – Polen*. Niemand im Zentralkomitee denke daran, so Maier, die existierenden Grenzen zwischen Deutschland und Polen zu ändern. Der Friedensvertragsvorbehalt von deutscher Seite besage ausschließlich, daß erst ein durch Selbstbestimmung wiedervereinigtes Deutschland, also ein anderes Völkerrechtssubjekt, als es die Bundesrepublik gegenwärtig ist, einen Friedensvertrag abschließen könne, der die Grenzfrage endgültig regelt. Eine große Bedeutung maß Maier dem 86. *Katholikentag in Berlin* bei. Dieser habe angesichts einer weithin kirchendistanzierten Religiosität erneut eine „erstaunliche Integrationskraft“ bewiesen. Freilich solle man nicht meinen, die Kirche hätte durch ihre Katholikentage in Freiburg und Berlin schon Teile der Jugend wieder für sich gewonnen. Die neue Of-